

Konsens ohne Demokratie:

das Bündnis, das die Diktatur in
Nicaragua nährte

José Antonio Peraza

Konsens ohne Demokratie: das Bündnis, das die Diktatur in Nicaragua nährte

Dieser Artikel analysiert das Modell des „Dialogs und Konsenses“, dass zwischen dem nicaraguanischen Privatsektor und dem Regime von Daniel Ortega von 2007 bis zu seinem formalen Zusammenbruch im Jahr 2018 etabliert wurde. Der Artikel zeigt, wie ein zunächst mit dem Ziel wirtschaftlicher Stabilität und der Verringerung politischer Konflikte gerechtfertigtes Bündnis letztlich zur Legitimation und Konsolidierung eines autoritären Regimes führte. Über mehr als ein Jahrzehnt hinweg stellten die Unternehmer die wirtschaftliche Agenda über die politische, was ein stetiges Wachstum des BIP und der Ausländischen Direktinvestitionen ermöglichte. Dieses Modell basierte jedoch auf dem Ausschluss der Bürger, der institutionellen Unterordnung und dem Fehlen demokratischer Gegengewichte. Die Krise im April 2018, ausgelöst durch die Reform der Sozialversicherung, offenbarte die Grenzen dieser Vereinbarung: mehr als 350 Tote, Tausende ins Exil Getriebene und der formale Bruch der Beziehungen zwischen Ortega und der Unternehmerschaft. Die Analyse kommt zu dem Schluss, dass das Abkommen zwar vorübergehende wirtschaftliche Vorteile brachte, jedoch die demokratische Institutionalisierung schwer geschwächt und den autoritären Kurs des Regimes erleichtert hat. Schließlich wird darauf hingewiesen, dass das Fortbestehen stillschweigender Abkommen zwischen Ortega und den Unternehmern auch nach 2018 die politische und wirtschaftliche Instabilität Nicaraguas aufrechterhält und die Notwendigkeit einer neuen Unternehmenskultur unterstreicht, die sich der Demokratie und der Institutionalisierung verpflichtet.

1. Zwischen autoritärer politischer Macht und unternehmerischen Interessen:

Die Sandinisten und die nicaraguanischen Unternehmer unterhielten während der gesamten Revolutionszeit, während der Regierung von Violeta Barrios de Chamorro sowie unter den liberalen Regierungen sehr schwierige Beziehungen. In den 16 Jahren, in denen die Sandinisten nicht an der Exekutivmacht waren, setzten die Großunternehmer alles daran, die Rückkehr der Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN) an die Macht zu verhindern, indem sie die politischen Rivalen von Daniel Ortega unterstützten. Bei den Wahlen von 2006 jedoch, als sich die liberalen Kräfte in zwei unversöhnliche Fraktionen spalteten – die **Alianza Liberal Nicaragüense** (ALN) und die **Partido Liberal Constitucionalista** (PLC) –, unterstützte der Oberste Rat der Privatwirtschaft (COSEP) öffentlich die Kandidatur von Eduardo Montealegre von der ALN. Am Wahltag teilten sich die liberalen Parteien nahezu gleichmäßig auf: die ALN erhielt 28,99 % der Stimmen, die PLC 26,35 %, und die FSLN erzielte 38,04 % der Stimmen (IPADE, 2012, 222).

Als Ortega 2007 an die Macht zurückkehrte, entstand innerhalb des Privatsektors ein Klima „voller Zweifel und Ängste“ aufgrund der Geschichte von Auseinandersetzungen und Konflikten, die beide Gruppen seit Beginn der Revolution miteinander gehabt hatten. Der Privatsektor hegte große Zweifel darüber, welche Art von Beziehung er zu einer Regierung aufbauen würde, die er nicht unterstützt hatte und die fast aus denselben Führungspersonlichkeiten bestand, mit denen er in den vergangenen 30 Jahren in Konflikt geraten war (*Expediente Abierto*, Januar 2022).

Konsens ohne Demokratie: das Bündnis, das die Demokratie in Nicaragua nährte

Noch bevor Ortega 2007 das Amt übernahm, begannen die Unternehmer und das Übergangsteam Ortegas mit einem Annäherungsprozess, insbesondere mit der Führungsspitze des COSEP. Wie das Denkzentrum *Expediente Abierto* reflektiert: „Für Ortega war es wichtig die Spannungen mit den Unternehmern zu glätten, und die Unternehmer brauchten Ortega, um ihre Geschäfte gedeihen zu lassen.“ So entstand ein Bündnis, das in erheblichem Maße die Entwicklung der neuen Diktatur Daniel Ortegas nährte.

Die formelle Annäherung zwischen Ortega und dem Privatsektor begann jedoch am 10. Oktober 2007 im *Instituto Centroamericano de Administración de Empresas* (INCAE). Bei dieser Gelegenheit erklärte Daniel Ortega: „Der Unternehmertisch ist das beste CPC¹ (Bürgermacht-Rat), das wie ein echtes Kabinett funktioniert, in dem Entscheidungen getroffen werden.“ *Expediente Abierto* interpretierte diese Worte als Hinweis darauf, dass „die Verlobung zu Ende ging und die Ehe begann“.

An diesem Treffen nahmen der COSEP und die größten Unternehmer des Landes teil – mit viel Misstrauen, doch dort wurde ein Bündnis geschmiedet, das bis April 2018 Bestand hatte. Eine zentrale Rolle bei der Konsolidierung dieser Allianz spielte José Adán Aguerrí², dessen Amtszeit als Präsident des COSEP mit dem Machtantritt Daniel Ortegas zusammenfiel. Aguerrí arbeitete von Beginn seines Mandats an intensiv am Aufbau dieser Allianz und war schließlich auch eine Schlüsselfigur bei der formalen Distanzierung zwischen beiden Sektoren (*Expediente Abierto*, Januar 2022).

Sobald das faktische Bündnis zwischen den Unternehmern und der Regierung Ortega zustande gekommen war, begannen jene einen nahezu natürlichen Prozess der ideologischen und medialen Verteidigung ihrer Entscheidung, dieses Bündnis einzugehen. Besonders, wenn man die Vorgeschichte der Auseinandersetzungen zwischen beiden Gruppen berücksichtigt, die bis hin zu einem Mord durch das Ortega-Regime reichte, als 1980 Jorge Salazar, einer der wichtigsten Führer des COSEP, zu Beginn der Revolution ermordet wurde. Die erste Rechtfertigung bestand darin, dass die Unternehmer eine Trennung der Funktionen zwischen politischem und wirtschaftlichem Handeln vornahmen. Eine Art Déjà-vu der Rolle, die das nicaraguanische Großkapital während der Somoza-Ära gespielt hatte. In einem Interview mit dem Journalisten Álvaro Navarro für die **Zeitschrift *Confidencial*** stellte **José Adán Aguerrí**, Präsident des COSEP, klar, welche Rolle jedem Sektor zukam: „Wir managen die wirtschaftliche Agenda dieses Landes, die politischen Parteien managen die politische Agenda. Ich kann im Namen des Unternehmensverbandes sprechen, unser Engagement zusichern und unsere Handlungen im Hinblick auf diese wirtschaftliche Agenda bewerten, ohne das Institutionelle aus den Augen zu verlieren, aber wir werden als Verband nicht das übernehmen, was die politischen Parteien zu übernehmen haben.“ (Morales, Februar 2020).

Der angebliche praktische Zweck dieses Bündnisses bestand darin, die traditionellen politischen Kämpfe Nicaraguas zu überwinden, die laut COSEP lediglich zur Zerstörung des produktiven und sozialen Kapitals des Landes geführt hatten. So drückte es der COSEP in einem Leitartikel aus dem Jahr

¹ In Nicaragua sind die Räte der Bürgermacht (CPCs) angeblich Strukturen, die geschaffen wurden, um die Bürgerbeteiligung an der öffentlichen Verwaltung und der nationalen Entwicklung zu fördern, mit dem Ziel, dass die Bürger sich organisieren und eine aktive Rolle bei der Entscheidungsfindung übernehmen. Dennoch wurden sie stets als parteipolitische Organisationen bezeichnet, die vollständig dem politischen Einfluss der FSLN unterliegen und für parteipolitische Zwecke genutzt werden, mit nur begrenzter Unabhängigkeit und Autonomie von der FSLN. Mit anderen Worten: Sie sind Organe der Partei.

² Aus der Sicht des neuen COSEP-Führers gehörte die neue Generation, die dabei war, „die Vision unserer Eltern durch unsere neue Vision zu ersetzen“ (Aguerrí, 2006). Sie würden sich auf pragmatisches Lobbying statt auf Konfrontation konzentrieren. Der Schwerpunkt 3 sollte darauf liegen, Investitionen zu erweitern, Druck auszuüben und die Dienstleistungen für ihre Gewerkschaft zu verbessern (Spalding, 2017, 163).

Konsens ohne Demokratie: das Bündnis, das die Demokratie in Nicaragua nährte

2013 aus: „Die Geschichte Nicaraguas bestätigt, dass der Konflikt als Methode zur Lösung von Problemen einzig und allein zur Zerstörung unseres Reichtums beigetragen hat. Ungeordnete politische Übergänge sowie politische und soziale Konflikte haben unserem Land die Zerstörung eines großen Teils seines produktiven und sozialen Kapitals gekostet und es zu einem der ärmsten Länder Lateinamerikas gemacht. Deshalb ist es notwendig, zu vermeiden, die Fehler zu wiederholen, die uns in der Vergangenheit zum gesellschaftlichen Bruch geführt haben.“ (Aguerri, September 2013).

Daher hatte sich der COSEP dafür entschieden, mit der „politischen Volatilität“ zu brechen, um in der wirtschaftlichen Agenda voranzukommen. In einem Leitartikel vom 24. Juli 2012 reflektierte der COSEP folgendermaßen:

„Der teuflische Kreislauf, in dem die wirtschaftliche Volatilität weiterhin ein Spiegelbild der politischen Volatilität bleibt, und daher unser Engagement, dafür zu arbeiten, dass die wirtschaftliche und soziale Agenda weder durch die parteipolitische Agenda priorisiert noch überlagert wird.“ (Morales, Februar 2020).

Die Annäherungen zwischen den Unternehmern und Ortega vertieften sich zunehmend, bis sich ein Bündnis herausbildete, das Ortega dazu veranlasste, dieses Abkommen in die Verfassungsreformen von 2014 aufzunehmen, die ihm eine dauerhafte Wiederwahl ermöglichten. Es war eine Art, seine autoritäre Entwicklung zu legitimieren, das verfassungsrechtliche Verbot zu überwinden, das ihm 2011 eine Präsidentschaftskandidatur untersagt hatte, und den Wahlbetrug bei diesen Wahlen zu verschleiern. Um den Unternehmern mehr Sicherheit zu geben, wurde Artikel 98 der Politischen Verfassung erweitert, wodurch ihnen in der Verfassung eine bedeutende Rolle bei der wirtschaftlichen Steuerung verliehen wurde.

In der genannten Verfassungsreform wurde in Artikel 98 festgelegt, dass der Staat dem Privatsektor eine bedeutende Rolle verleiht, indem er dessen Entwicklung sowie die Tätigkeit der bestehenden formellen Unternehmen fördert. Dies „soll durch ein Bündnismodell der Regierung mit dem kleinen, mittleren und großen Unternehmenssektor sowie den Arbeitnehmern vorangetrieben werden, **im Rahmen eines permanenten Dialogs auf der Suche nach Konsens**“ (Gaceta, Februar 2024).

Eines der zentralen Dilemmata, mit denen der nicaraguanische Unternehmenssektor im Rahmen des Abkommens mit der Regierung konfrontiert war, definierte die US-Botschafterin in Nicaragua, Laura Dogu, auf sehr objektive Weise vor der **Amerikanischen Handelskammer Nicaraguas (AMCHAM)** am 29. Oktober 2018. An diesem Tag erklärte Botschafterin Dogu, dass die Zukunft Nicaraguas „unsicher sei aufgrund des Fehlens eines Rechtsstaates, des Mangels an Demokratie und der Wahl bestimmter internationaler Partner“ (Dogu, Oktober 2018). Sie wies außerdem darauf hin, dass Unternehmer ihr bei Gesprächen über diese Themen „häufig sagten, sie könnten einige dieser grundlegenden Rechte opfern, weil Nicaragua sich nicht im Krieg befinde und nicht unter der Gewalt der Länder des nördlichen Dreiecks leide“ (Dogu, Oktober 2018).

Trotz der Rechtfertigungen der Unternehmer kam die Botschafterin zu durchaus treffenden Schlussfolgerungen über die Realität, die Nicaragua und die mit Ortega verbündeten Unternehmer erlebten, indem sie darauf hinwies, dass die „**Unternehmensgemeinschaft Stabilität höher bewertete als Nachhaltigkeit**. Sie glaubten, dass das Wirtschaftswachstum Chancen bringen würde.“ Dennoch, so die Botschafterin Dogu, träumte die Mehrheit der Nicaraguaner „von einem gerechten Land mit wirtschaftlichen Chancen für alle. Wo Korruption und politische Zugehörigkeit die Möglichkeiten nicht nur auf einige wenige beschränken würden“ (Dogu, Oktober 2018).

2. Die politische Krise von 2018 und der Bruch des Modells des „Dialogs und Konsenses“:

Der Wendepunkt in der Beziehung des „Dialogs und Konsenses“ zwischen dem Privatsektor und dem Ortega-Regime ereignete sich im April 2018, als die Unternehmer die Reformen der Sozialversicherung ablehnten, welche die größte wirtschaftliche Last auf sie übertrugen. Die gesellschaftliche Reaktion war unmittelbar: breite und massive Proteste, die nach Angaben der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH) mehr als 350 Tote, Hunderte von Inhaftierten und Tausende von Exilierten hinterließen. Mitten in dieser Repressionswelle sahen sich die Unternehmer gezwungen, ihre Unterstützung für die Regierung öffentlich zurückzuziehen. In diesem Zusammenhang weist Tiziano Breda von der International Crisis Group darauf hin, dass „die sozialen Mobilisierungen einen Wendepunkt in der Beziehung zwischen dem Privatsektor und der Regierung markierten“ (Barria, 2021).

In diesem Moment wandelten sich die Unternehmer von passiven Verbündeten zu einer schwachen kritischen Stimme, die mehr Veränderungen einforderte – vom passiven Bündnis im politischen Bereich hin zu moderaten kritischen Akteuren, die den von Ortega vorgeschlagenen Entwurf zur Reform der Sozialversicherung ablehnten. Die Unternehmer begannen, Dialog und freie Wahlen zu fordern, um die wachsende soziale Bewegung zu demobilisieren, die den Rücktritt Ortegas von der Macht und die Bestrafung der Verantwortlichen für die Verbrechen verlangte. Dies führte selbstverständlich zur Kriminalisierung der Unternehmer, zur Auflösung der Rechtspersönlichkeiten der Unternehmerkammern, zur Konfiskation von Eigentum, zur Schließung von Bankkonten einiger Unternehmer und zu Gerichtsverfahren gegen alle, die es gewagt hatten, die Repression Ortegas nach 2018 in Frage zu stellen.

Die härteste Offensive der Ortega-Regierung gegen die Unternehmer erfolgte in den ersten Märztagen 2023, als sie die Rechtspersönlichkeit von mindestens 18 Unternehmerkammern aufhob, darunter auch die COSEP, die wichtigste Unternehmerorganisation des Landes. Doch bereits vor diesem Ereignis hatte Ortega den Unternehmenssektor im Jahr 2018 während der Proteste gegen ihn beschuldigt, den „Terrorismus zu unterstützen“. Die Kritik war vielmehr ein Vorwurf Ortegas an die Unternehmer, weil sie sich nach den Protesten von 2018 von seinem Handeln distanziert hatten. Damit fand das Modell des „Dialogs und Konsenses“ sein Ende (Castillo, März 2023).

3. Wirtschaftliche Stabilität unter Autoritarismus vor 2018:

Die neuen Führungskräfte des COSEP, die die Unternehmerkammern übernahmen, ergriffen zwei Maßnahmen, um die Organisation zu stärken und vollständig in die Planungsprozesse der Wirtschaftspolitik einzubinden: 1. die wichtigsten **Unternehmensgruppen** des Landes mit dem

Konsens ohne Demokratie: das Bündnis, das die Demokratie in Nicaragua nährte

organisatorischen Apparat des COSEP³ zu verbinden; 2. die Reichweite der Organisation zu erweitern, indem die Mitgliedschaft von Unternehmen und Kammern gesichert wurde, die bis dahin unabhängig gewesen waren. Mit anderen Worten, die Unternehmervereinigung unter einer einzigen Unternehmensführung zu konsolidieren (Spalding, 2017, 163).

Zwischen 2012 und 2016 wuchsen die dem COSEP angeschlossenen Verbände durch die Aufnahme von fünf neuen Kammern und spezielle Absprachen mit drei weiteren Verbänden. Die neuen Kammern, die dem COSEP beitraten, waren: die der **Hersteller und Vertreiber von pharmazeutischen Produkten, Energie, Internet- und Telekommunikationsdienstleistungen, Palmöl und Tabak**. Folglich erlebte der COSEP im Lichte seiner Allianz mit Ortega ein Wiederaufleben und eine Neudefinition; in der zweiten und dritten Amtszeit Ortega zog der COSEP nun fast alle Unternehmerorganisationen des Landes in seine Umlaufbahn (Spalding, 2017, 165).

Diese Neugruppierung und Reorganisation des COSEP zwischen 2006 und 2016 folgte dem, was **Ben Ross Schneider** als „**umfassende defensive Organisation**“ bezeichnet hat, eine Reaktion der Unternehmer auf die Wahrnehmung einer möglichen Bedrohung. Da die Rückkehr Ortega an die Macht eine Bedrohung für den Unternehmenssektor darstellte, nahmen sie die Geschichte der Auseinandersetzungen zwischen beiden Gruppen aufmerksam zur Kenntnis. Folglich sah der COSEP die Situation aus einer doppelten Perspektive: Bedrohungen und Chancen (Spalding, 2017, 165).

Ortega hingegen strebte eine „große Allianz“ mit dem Unternehmenssektor an, als Teil seiner Strategie, seine Macht schrittweise und weniger traumatisch als in den achtziger Jahren zu festigen. Gleichzeitig stellte seine Allianz mit den Unternehmern einen Blitzableiter gegen die Forderungen der internationalen Gemeinschaft dar, insbesondere der Vereinigten Staaten, wegen der Untergrabung der demokratischen Institutionen und der Wahlbetrüge seit 2008. Die in den achtziger Jahren gewonnenen Erfahrungen lehrten Ortega, dass es notwendig sei, private Investitionen, Kredite und Märkte zu sichern, um Produktion und Wirtschaftswachstum zu gewährleisten.

Die Politik des „Dialogs und Konsenses“, um Konfrontationen mit dem Ortega-Regime zu vermeiden, erzielte gute „Ergebnisse für den Privatsektor, indem sie hohe Wirtschaftswachstumsraten und steigende Auslandsinvestitionen förderte“ (Spalding, 2017, 176). Die Erfolge dieses Modells für den Privatsektor veranlassten den Präsidenten des COSEP, dieses Abkommen als „COSEP-Modell“ zu bezeichnen (Spalding, 2017, 176).

Trotz der Akzeptanz des Modells unter den Großunternehmern und den COSEP-Kammern war das Modell innerhalb der nicaraguanischen Zivilgesellschaft nicht frei von Kritikern. Zu diesen scharfen Kritikern gehörte der Journalist Carlos Fernando Chamorro, Direktor der Zeitschrift *Confidencial*, der es als „ein geschlossenes, ausschließendes System der direkten Vermittlung charakterisierte, in dem die

³ Die größten Unternehmensgruppen des Landes hatten „**sehr wenig Bedarf, sich in Kammern zu organisieren**“. Aufgrund ihres hohen Profils „als Investoren, Technologieführer und Arbeitgeber hatten sie die Fähigkeit, direkt mit der nicaraguanischen Regierung zu verhandeln und Zugang zu Vertretern befreundeter Regierungen sowie zu internationalen Finanzinstitutionen zu erhalten“ (Spalding, 2017, 163). Dies verringerte selbstverständlich die politischen Fähigkeiten des COSEP, im Namen des gesamten Unternehmenssektors zu sprechen. Daher richteten sich die Forderungen der COSEP-Führung gegen die Unternehmer, die „die Fäden zogen“, angesichts der Kosten auf Einflussniveau, die deren mangelnde Einbindung in den COSEP auf ihre Positionen ausübte. Dies motivierte die Notwendigkeit, ihre gewerkschaftlichen Positionen im August 2006 besser abzustimmen. Der COSEP kündigte in dieser Gelegenheit an, einen Rat von Beratern zu schaffen und ernannte 11 Unternehmensführer zu einem Beirat, darunter natürlich diejenigen, die „die Fäden zogen“ (Spalding, 2017, 163-164).

Konsens ohne Demokratie: das Bündnis, das die Demokratie in Nicaragua nährte

Spitze des Privatsektors als einziger Akteur im Namen der übrigen Gesellschaft auftritt, um wirtschaftliche Angelegenheiten mit der Regierung zu verhandeln, und die Vereinbarungen anschließend zu Gesetzen werden, die von einem Parlament abgesegnet werden, das keine Deliberationsmacht besitzt, da es vollständig der Exekutive unterstellt ist“ (Chamorro, 2018).

Eine der schärfsten Kritiken am Modell, seitens Chamorro und anderer Mitglieder der Zivilgesellschaft, war, dass die öffentliche Debatte vom Parlament, von den Universitäten und den Medien auf das Monolog der Vizepräsidentin Rosario Murillo verlagert worden sei. Während die Vielfalt der Stimmen im Privatsektor auf die Sprecherrolle der Unternehmerkammern reduziert wurde, die vom Präsidenten des COSEP, José Adán Aguerrí, geführt wurden (Chamorro, 2018).

Doch Chamorro bleibt nicht dabeistehen und geht in seiner Kritik am Modell weiter, indem er die Illegitimität des Regimes nach dem Wahlbetrug von 2008 und der anschließenden Repression der Opposition hervorhebt. Laut Chamorro wird das Modell mit Verweis auf die in den letzten Jahren erzielten wirtschaftlichen Ergebnisse in Bezug auf Wirtschaftswachstum, Exporte und Investitionsanreize gerechtfertigt. Was die Befürworter des Modells jedoch verschweigen, so Chamorro, sind die Konsequenzen der Zerstörung der gesamten demokratischen Institutionen und deren Ersetzung durch einen sultanik-autokratischen Autoritarismus. Viele stellten sich die Frage: Welche Folgen hätte das Modell für die politische und institutionelle Stabilität des Landes? Diese Fragen und Warnungen wurden weder gehört noch beachtet, aber sie wurden im April 2018⁴ deutlich zum Ausdruck gebracht.

4. Die Folgen des autoritären Modells und des Mangels an demokratischer Unternehmenskultur:

Die Argumente, die die Befürworter des Modells (Unternehmer und Regime) vorbrachten, konzentrierten sich auf die Verteidigung der wirtschaftlichen Errungenschaften bis 2017 (siehe Tabelle unten). Auf politischer Ebene jedoch trug dieses Modell zur Konsolidierung eines autoritären Regimes

⁴ Die beste Analyse über die Verschlechterung der institutionellen Lage und ihre möglichen Folgen für das Land wurde im Mai 2014 von der **Bischofskonferenz Nicaraguas** (CEN) erstellt. Viele der Warnungen der CEN traten im April 2018 ein. Zu den Hinweisen der CEN gehörten: „Die Korruption der Regierung, die Verwirrung zwischen Staat und Partei, die Unterwerfung der Staatsgewalten unter den Willen der Exekutive, die Missachtung der Gesetze, das Fehlen von Rechtssicherheit, Vetternwirtschaft, politische Intoleranz, die Kontrolle über fast alle Bürgermeisterämter des Landes bis hin zu den letzten Verfassungsreformen haben die aktuelle Lage des Landes und seine Zukunft in höchst alarmierender Weise verschärft“ (CEN, 2014). Außerdem warnt die CEN Ortega: „Wir glauben, dass die derzeitige institutionelle und politische Struktur des Landes weder mittelfristig noch langfristig irgendeinen Nutzen bringen wird – weder für die aktuellen Machthaber, noch für die Mitglieder der regierenden Partei, noch für irgendeinen Nicaraguaner.“ (CEDN, 2014). Schließlich beschreibt sie das derzeit angewandte politische Modell: „Die politische Aktivität im Land wird heute von einem Stil der Ausübung von Autorität dominiert, der autokratisch und missbräuchlich ist“ (CEN, 2014).

Konsens ohne Demokratie: das Bündnis, das die Demokratie in Nicaragua nährte

bei, indem es dessen auf betrügerische Weise durch Wahlbetrug erlangte politische Macht legitimierte. Diese passive Haltung der Unternehmer spiegelte den Mangel an demokratischer Kultur im Unternehmenssektor wider, was die Unterordnung der Unternehmer unter das Regime erleichterte, solange ihnen wirtschaftliche Stabilität und Gewinnsteigerungen garantiert wurden.

Der COSEP konzentrierte sich darauf, seine wirtschaftliche Agenda zu verteidigen, ohne seine Verantwortung für den institutionellen Verfall zu übernehmen. Dies ermöglichte die einfache Konsolidierung des autoritären Regimes mit hohen Repressionsniveaus und ohne jegliche institutionelle Kontrolle. Die Wirtschaft wuchs kurzfristig, jedoch auf fragilen Grundlagen, wie Botschafterin Dogu bereits betont hatte. Dennoch brachte das Modell hohe Kosten für das Land mit sich: Korruption, politische Ausgrenzung und Repression gegen alle, die ihre Unzufriedenheit mit dem Modell des „Dialogs und Konsenses“ äußerten.

Die Kosten für das Land durch die Akzeptanz und Legitimation eines autoritären Modells wurden ignoriert und legitimiert. Solange die Geschäfte liefen, schien alles in Ordnung zu sein, doch die Krise von 2018 offenbarte die aufgelaufenen Folgen: mehr als 350 Tote, Tausende von Exilanten, die Schließung aller demokratischen Räume, Konfiskationen, vor denen Unternehmer große Angst haben, usw. Folglich zeigte der Protest, dass das Modell lediglich eine Fassade ohne demokratische Vorschläge war und ausschließend wirkte, wie Botschafterin Dogu bereits hervorgehoben hatte.

Dennoch brachte das Modell den Unternehmern bis 2017 Ergebnisse. Betrachtet man die Tabelle (unten), lässt sich diese Aussage leicht bestätigen. Zwischen 2007 und 2017 betrug das reale BIP-Wachstum im Durchschnitt **4,95 %**, wobei im Zehnjahreszeitraum der Rückgang von **-3,3 %** im Jahr 2009 aufgrund der Großen Rezession (Immobilienkrise 2009 in den USA), die die Weltwirtschaft beeinflusste, ausgeschlossen wird. Ebenso stieg die **ausländische Direktinvestition** (FDI) und erreichte ihr höchstes Wachstum im Jahr 2017 im angegebenen Zeitraum mit einem Anstieg von **970,9** Millionen US-Dollar. Gleichzeitig zeigte das Verhältnis der FDI zum BIP ebenfalls hohe Zuwächse zwischen **5 %** und **9 %** des BIP im Beobachtungszeitraum. Das Jahr, in dem das Verhältnis der FDI zum BIP seinen Höchstwert erreichte, war 2011 mit **9,5 %** des BIP.

Eine direkte Folge der Anwendung des Modells auf die nicaraguanische Gesellschaft ohne jegliche Konsultation war jedoch die Entwicklung der Bürgerproteste im Jahr 2018. Dieses Ereignis führte zur formellen Auflösung des „Dialogs- und Konsens“-Abkommens. Dies bewirkte sofort einen abrupten Rückgang der im Tabellenvergleich analysierten Wirtschaftsindikatoren. Das reale BIP sank drei Jahre in Folge: **-3,4 %** im Jahr 2018, **-3,8 %** im Jahr 2019 und **-1,8 %** im Jahr 2020. Ebenso schrumpfte die ausländische Direktinvestition (FDI) in Relation zum BIP, von **7,01 %** im Jahr 2017 auf **5,88 %** im Jahr 2018, **3,52 %** im Jahr 2019 und **5,58 %** im Jahr 2020. Die politische Krise führte zu einer starken Kontraktion der wirtschaftlichen Aktivität, zum Bruch des Konsenses zwischen Unternehmern und Regime, zu individuellen Sanktionen vieler Mitglieder des Ortega-Regimes durch die Vereinigten Staaten und die Europäische Union usw.

Im Jahr 2021 kam es zu einer Erholung des FDI-Wachstums aufgrund der drastischen wirtschaftlichen Kontraktion, die das Land zwischen 2018 und 2020 erlebt hatte. Die FDI stieg von 707,0 Millionen US-Dollar im Jahr 2020 auf 1.205,6 Millionen im Jahr 2021, 1.071 Millionen im Jahr 2023 und 1.273,5 Millionen im Jahr 2024, was eine Rückkehr der Investoren zeigt, jedoch mit deutlich größerer Vorsicht als im Zeitraum 2007–2017. Auch das Niveau der FDI als Prozentsatz des BIP erlebte zunächst eine Erholung, von **-1,8 %** des BIP im Jahr 2020 auf **10,3 %** des BIP im Jahr 2021, und etablierte sich dann auf moderatem Wachstum von **3,8 %** des BIP im Jahr 2022, **4,4 %** des BIP im Jahr 2023 und **3,6 %** des BIP im Jahr 2024.

Konsens ohne Demokratie: das Bündnis, das die Demokratie in Nicaragua nährte

Jahr	Ausländische Direktinvestitionen (FDI)	BIP Wachstum	FDI % des BIP	Reelles BIP- Wachstum
	In Millionen US\$-Dollar			
2006	265.8	6,763.70	3.93	3.8
2007	366.4	7,423.40	4.94	5.1
2008	608.4	8,497.00	7.16	3.4
2009	463.0	8,298.70	5.58	-3.3
2010	474.8	8,758.60	5.42	4.4
2011	928.6	9,774.30	9.50	6.3
2012	704.3	10,532.50	6.69	6.5
2013	665.4	10,983.00	6.06	4.9
2014	790.1	11,880.00	6.65	4.8
2015	904.9	12,756.70	7.09	4.8
2016	835.1	13,286.00	6.29	4.7
2017	970.9	13,843.70	7.01	4.6
2018	765.5	13,025.20	5.88	-3.4
2019	443.9	12,595.30	3.52	-3.8
2020	707.0	12,678.20	5.58	-1.8
2021	1205.6	14,144.10	8.52	10.3
2022	1267.8	15,634.60	8.11	3.8
2023	1071.8	17,805.80	6.02	4.4
2024	1273.5	19,694.00	6.47	3.6

Quelle der Tabellenstatistiken: BCN.

5. Schlussfolgerungen:

Das Modell des „Dialogs und Konsenses“ zeigte, dass die Suche nach wirtschaftlicher Stabilität ohne demokratische Kontrollmechanismen letztlich den institutionellen Rahmen schwächt und die Rechtssicherheit zerstört. Das Abkommen gewährleistete kurzfristiges, exklusives Wirtschaftswachstum, basierte jedoch auf sehr fragilen Grundlagen: Mangel an Rechtsstaatlichkeit, Unterordnung der Justiz und Konzentration der politischen Macht in der Exekutive. Weit davon

Konsens ohne Demokratie: das Bündnis, das die Demokratie in Nicaragua nährte

entfernt, ein verlässliches unternehmerisches Umfeld für Investitionen und Geschäftsentwicklung zu schaffen, erleichterte das Abkommen die Konsolidierung eines autoritären Regimes, das kriminell wurde, als es Repression, Enteignung von Eigentum und Kriminalisierung sozialer Proteste als Mittel zur Machtsicherung einsetzte. Das Modell des „Dialogs und Konsenses“ funktionierte als Abkommen unter Eliten, das die Bürgerschaft ausschloss, die demokratische Institutionalisierung extrem schwächte und das öffentliche Interesse der privaten wirtschaftlichen Kalkulation unterordnete. Es kann keine Rechtssicherheit ohne Demokratie geben.

Die Architektur des Modells brachte unmittelbare Vorteile in Bezug auf Wachstum, Investitionen und makroökonomische Stabilität zwischen 2007 und 2017. Dennoch beruhte es auf dem Abbau der ohnehin geringen institutionellen Strukturen, beseitigte den politischen Pluralismus und zentralisierte die Macht vertikal und autoritär bei Ortega und seinem engsten Kreis. Die Krise des Modells war weder zufällig noch eine künstlich provozierte Aufstandsbewegung, wie das Ortega-Regime suggeriert. Vielmehr war sie das Ergebnis eines ausschließenden Modells, das die Warnungen vieler Sektoren, darunter auch der Bischofskonferenz Nicaraguas (CEN), ignorierte. Besonders deutlich wird dies, wenn man das störende und repressive Vorgehen des Ortega-Regimes nach den Wahlbetrügen betrachtet. Als die Legitimität und Macht des Regimes von der Bürgerschaft, insbesondere von der Jugend, in Frage gestellt wurde, reagierte es mit brutaler Repression, wodurch der zutiefst autoritäre Charakter eines Systems sichtbar wurde, das der Privatsektor mit dazu beigetragen hatte zu festigen.

Das Besorgniserregendste für die demokratische Zukunft Nicaraguas ist, dass trotz des formalen Zusammenbruchs des Modells im Jahr 2018 und der darauf folgenden brutalen Repression weiterhin ein stillschweigendes Abkommen zwischen dem Regime und den Unternehmern besteht. Diese sind heute verängstigt und haben nur wenig direkten Einfluss auf die Entscheidungen der Regierung. Ihre Rolle besteht im Wesentlichen darin, das autoritäre Modell zu legitimieren und als Geiseln zu fungieren, die dessen Fortbestehen garantieren.

Die Rückkehr der ausländischen Direktinvestitionen (FDI) und eine gewisse Erholung des BIP ab 2021 sind keine Anzeichen für eine solide Wirtschaft, sondern Symptome eines politischen Pragmatismus, der die Ursachen der Proteste im April bewusst ignoriert: das Fehlen von Rechtsstaatlichkeit, die Abwesenheit von Gerechtigkeit und der Ausschluss der Mehrheit von Entscheidungen, die sie direkt betreffen. Es zeigt ein autoritäres politisches System, das keinen Schritt in Richtung der Etablierung eines inklusiveren politischen und wirtschaftlichen Systems zulassen will.

Die langfristige Zukunft des Abkommens zwischen den Unternehmern und dem Ortega-Regime wird instabil und unsicher bleiben, solange keine neue Unternehmenskultur aufgebaut wird, die auf Demokratie, Transparenz und politischer Mitverantwortung für das eigene Handeln basiert. Nichts, was auf undemokratische Weise geschaffen wurde, wird sicher und dauerhaft bestehen. Die Nachhaltigkeit, von der Botschafterin Dogu sprach, muss auf mehr als nur positiven Zahlen zum BIP, und damit stabiles Nicaragua erfordert den Aufbau einer echten demokratischen Institutionalisierung, die Ausweitung der Beteiligung politischer und wirtschaftlicher Akteure und das Verständnis, dass ohne Demokratie keine dauerhafte Stabilität möglich ist. zur FDI und zum Verhältnis der FDI zum BIP basieren. Ein nachhaltiges und damit stabiles Nicaragua erfordert den Aufbau einer echten demokratischen Institutionalisierung, die Ausweitung der Beteiligung politischer und wirtschaftlicher Akteure und das Verständnis, dass ohne Demokratie keine dauerhafte Stabilität möglich ist.

6. Literaturverzeichnis:

1. Aguerri, José Adam. (2013). El dialogo y la agenda Cosep. Wordpress 17/09/2013. <https://joseadaguerri.wordpress.com/2013/09/17/el-dialogo-y-la-agenda-cosep/>
2. Zentralbank Nicaragua. (2018). Anuario de Estadísticas Macroeconómicas 2018. https://www.bcn.gob.ni/sites/default/files/anuario_estadistico_2018.pdf
3. Zentralbank Nicaragua. (2024). Nicaragua en Cifras 2024. https://www.bcn.gob.ni/sites/default/files/documentos/Nicaragua_en_Cifras_2024.pdf
4. Zentralbank Nicaragua. (2023). Nicaragua en Cifras 2023. <https://www.bcn.gob.ni/sites/default/files/documentos/Nicaragua%20en%20cifras%202023.pdf>
5. Zentralbank Nicaragua. (2022). Nicaragua en Cifras 2022 <https://www.bcn.gob.ni/sites/default/files/documentos/Nicaragua%20en%20cifras%202022.pdf>
6. Zentralbank Nicaragua. (2021). Nicaragua en Cifras 2021. <https://www.bcn.gob.ni/sites/default/files/documentos/Nicaragua%20en%20cifras%202021.pdf>
7. Zentralbank Nicaragua. (2020). Nicaragua en Cifras 2020. https://www.bcn.gob.ni/sites/default/files/documentos/Nicaragua_cifras_2020.pdf
8. Zentralbank Nicaragua. (2019). Nicaragua en Cifras 2019. <https://www.bcn.gob.ni/sites/default/files/documentos/Nicaragua%20en%20Cifras%202019.pdf>
9. Barria, Cecilia. (2021). Cómo el "gran capital" en Nicaragua pasó de ser aliado a rival de Ortega. BBC News Mundo 05/11/2021. <https://www.bbc.com/mundo/noticias-america-latina-59151990>
10. Castillo, Houston. (2023). Ortega cancela la asociación de empresarios más importante de Nicaragua. VOA, 06/03/2025. <https://www.vozdeamerica.com/a/ortega-cancela-a-la-gremial-de-empresarios-mas-importante-de-nicaragua/6992387.html>
11. Chamorro, Carlos F. (2022). ¿Modelo Cosep, o el régimen de Ortega? Confidencial 23/11/2022. <https://confidencial.digital/opinion/modelo-cosep-o-el-regimen-de-ortega/>
12. Conferencia Episcopal de Nicaragua. (2014). En búsqueda de nuevos horizontes para una Nicaragua mejor. 21/05/2014.
13. Dogu, Laura. (2018). Reflexiones de la Embajadora Laura Dogu. U.S. Embassy, Managua. Evento de AMCHAM 29/10/2018. <https://ni.usembassy.gov/es/amcham-reflexiones-de-la-embajadora-laura-dogu/>
14. Expediente Abierto. (2022). Empresarios y Daniel Ortega: de amor y odio. Enero 25, 2022. <https://www.expedientepublico.org/empresarios-y-regimen-de-daniel-ortega-una-relacion-de-amor-y-odio/>
15. Gaceta. (2014). Texto de la constitución política de la república de Nicaragua con sus reformas incorporadas. Gaceta 18/02/2014. <http://legislacion.asamblea.gob.ni/gacetas/2014/2/g32.pdf>
16. IPADE. (2012). Catálogo estadístico de elecciones en nicaragua 1990 – 2011. IPADE. 2da Edición. Mayo, 2012. 208p.

Konsens ohne Demokratie: das Bündnis, das die Demokratie in Nicaragua nährte

17. Morales, Harley. (2020). La huella del itinerario del Cosep entre 2007 y 2018. Confidencial 15/02/2022. <https://confidencial.digital/opinion/la-huella-del-itinerario-del-cosep-entre-2007-y-2018/>

18. Spalding, Rose J. (2017). Los empresarios y el estado posrevolucionario: el reordenamiento de las élites y la nueva estrategia de colaboración en Nicaragua. Anuario de Estudios Centroamericanos, Universidad de Costa Rica. 43: 149-188. <https://archivo.revistas.ucr.ac.cr//index.php/anuario/article/view/31556/31163>

Autor

José Antonio Peraza

Politologe und Experte des nicaraguanischen Wahlsystems

Impressum

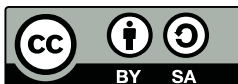
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Auslandsbüro Costa Rica-Panama

<https://www.kas.de/de/web/costa-rica-und-panama/>

Haftungsausschluss:

Die in diesem Dokument geäußerten Meinungen liegen in der alleinigen Verantwortung des Autors und stimmen nicht unbedingt mit den Ansichten der Konrad-Adenauer-Stiftung überein.



Der Text dieser Veröffentlichung unterliegt der Creative Commons-Lizenz: „Creative Commons Attribution-ShareAlike 4.0 International“, CC BY-SA 4.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)